

Gesellschaft für Politik,  
Gesellschaft für Wirtschaft,  
Gesellschaft für Kultur.  
Gesellschaft für Wissenschaft.  
Gesellschaft für Naturwissenschaft.  
Gesellschaft für Technik.  
Gesellschaft für Geschichte.  
Gesellschaft für Geographie.  
Gesellschaft für Biologie.  
Gesellschaft für Psychologie.  
Gesellschaft für Soziologie.  
Gesellschaft für Pädagogik.  
Gesellschaft für Ästhetik.  
Gesellschaft für Philosophie.  
Gesellschaft für Rechtswissenschaft.  
Gesellschaft für Medizin.  
Gesellschaft für Mathematik.  
Gesellschaft für Physik.  
Gesellschaft für Chemie.  
Gesellschaft für Physiologie.  
Gesellschaft für Psychiatrie.  
Gesellschaft für Psychopathologie.  
Gesellschaft für Psychosomatik.  
Gesellschaft für Psychosomatik und Psychotherapie.  
Gesellschaft für Psychosomatik und Psychotherapie.

# Dresdner Nachrichten

Eger & Sohn, Stoff-Neuheiten  
Schnäidergeschäft  
Frauenstrasse 5  
für Herbst und Winter zur  
Maassanfertigung  
sind bereits eingetroffen.

38. Jahrgang.  
Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.



WEIN-Handlung Max:  
-Stuben- Kunath,  
Portikus a. d. Markthalle Wallstr. 8.

Franz Strohbach

Seestrasse 13, I. Etg. DRESDEN Seestrasse 13, I. Etg.

Anfertigung feiner Herregarderobe nach Maass.

Grosses Lager neuester in- und ausländischer Stoffe.

Promesse und reelle Bedienung.

Havelocks in großer Auswahl von 15 M. an

Altmarkt. Robert Kunze. Rathaus. → Reise-Artikel, Herren-Modewaren, Lederwaren. ←

Fr. 263. Spiegel: Internationaler Bergarbeiter-Ausstand.

Volkschichten, Personenbahnhofsanlage, Grünanlagen, Ostarktensalze.

Gerichtsverhandlungen. Tagesschicht. Adal.

An die geehrten auswärtigen Leser!

Bei der bedeutenden Ausgabe der "Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die Bestellungen auf das

vierte Vierteljahr 1893

bei dem betreffenden Postamte bis spätestens den 26. dieses Monats bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neuüferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Alle Postanstalten im Deutschen Reich, und im Ausland nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet vierteljährlich 2 Mark 75 Pf. für Dresden nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von 2 Mark 50 Pf. (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte Wohnungsumänderungen in Dresden, wolle man entweder persönlich anbringen oder schriftlich — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der "Dresdner Nachrichten",  
Marienstrasse 38, Gerichtsamt.

## Bölliges.

Der Streit der englischen Kohlenarbeiter findet nun auf dem Kontinente, in Frankreich und Belgien seine Fortsetzung, so dass wie es nunmehr mit einem internationalen Bergarbeiter-Ausstand zu rechnen haben. Während die noch ausständigen englischen Kohlenarbeiter des Vereins von Birmingham (rund 200,000) auf einer Delegierten-Conferenz in Nottingham mit überwältigender Mehrheit (115,000 gegen 21,000) sich abermals gegen die von den Zechenverwaltungen geforderte Heraufsetzung des Lohnes aussprochen, auch die Verweisung des Lohnstreiks an ein Schiedsgericht verworfen haben, sind nunmehr auch die französischen Bergarbeiter des Departements Pas de Calais und teilweise auch die des Departements Nord in den Ausland eingetreten, um eine Lohnherabhung von 10 Proz. durchzusetzen. Zugleich haben am Sonntags Bergarbeiter-Delegierte des Vorberkens auf einer Conferenz in der Arbeiterbühne von St. Etienne den Ausstand beschlossen, so dass ein Generalstreik der französischen Grubenarbeiter wahrscheinlich erscheint. Die Anhänger erwarten, dass auch die belgischen Bergleute, besonders die des Hennegau, in welchem die großen Kohlebasins von Mons, La Louvière und Charleroi liegen, und wo über 85,000 Bergleute beschäftigt werden, diese Woche zur Eröffnung einer Lohnherabhung sich dem Ausland anschließen werden. Die Vertreter des belgischen Bergarbeiterverbands haben nämlich bei der am 10. ds. in Lévin, dem Sitz des Grubenarbeiterverbands von Pas de Calais, abgehaltenen Bergarbeiter-Conferenz die Forderungen der französischen Bergarbeiter auch zu den ihren gemacht. Die Grubenarbeiter von Pas de Calais, die fast alle dem Grubenarbeiterverband dieser Départements, an dessen Spitze die sozialistischen Abgeordneten Basly und Lamendie stehen, angehören (rund 40,000), behaupten, dass die durch den Ausstand von 1891 gewonnene Lohnherabhung von 10 Proz. allmählich wieder verloren gezogen sei, und dass sie bei einer Niederlage der Engländer weitere Lohnherabsetzungen zu befürchten hätten. Sie verlangen deshalb eine 10prozentige Lohnherabhung und Feststellung eines Mindest-Schichtlohnes von 5,50 Frs. Außerdem fordern sie: 1) dass den Arbeitern an jedem Lohnstufe ein doppelter Lohnheft ausgesetzt werde, um solcher Art dem Verbande die Möglichkeit zu geben, die Gehaltsmehrtheile zu controllieren, 2) dass keine Arbeiter mehr entlassen werden, die das 40. Jahr erreicht haben, weil es diesen unter solichen Umständen unmöglich wird, wieder Arbeit zu finden; 3) dass die Straßen für unreine Kohlen abgeschafft werden; 4) dass die gegenwärtigen Geding-Lohnsätze unter keinen Umständen nicht herabgesetzt werden, und 5) dass künftig keine Arbeiter mehr wegen einer geschäftlichen Verunsicherung entlassen werden, sofern diese für die Grubengesellschaft nicht von Nachteil begleitet war. Einige der 13 Grubengesellschaften von Pas de Calais haben die Forderungen neuerdings abgelehnt und beschlossen, die Gruben militärisch abperren zu lassen.

Da Frankreich auf die Kohlenzufuhr vom Auslande angewiesen ist (es erzeugt nur rund 25 Millionen Tonnen bei etwa 12 Millionen Tonnen Bedarf), und die Kohlenpreise seit dem Ausstande drohend schon bedeutend in die Höhe gegangen. Das Département Pas de Calais produziert etwa 10 Millionen Tonnen, d. h. ungefähr die Hälfte der gesamten Kohlenproduktion Frankreichs; 5 Millionen Tonnen entfallen auf das Nord-Departement und 10 Millionen Tonnen auf Mittelnordfrankreich. Trotzen auch die Kohlenarbeiter des Vorberkens in den Ausland ein und bleibt die Zufuhr von Belgien infolge des dort ebenfalls ausbrechenden Streites aus, so steht Frankreich vor einer Kohlenknappheit, der durch die englischen Kohlenmärkte kaum wogengehn werden kann, zumal an eine Zufuhr aus England z. B. gleichfalls nicht zu denken ist und die Zufuhr aus Deutschland kaum anstreichen dürfte.

Handelt es sich bei dem Ausstand der französischen und belgischen Bergarbeiter um die Fortsetzung einer Lohnherabsetzung und zugleich um die Verbesserung der Ausfuhr von Kohlen nach England, wodurch den ausständigen englischen Bergleuten helfen beabsichtigt werden soll, so stehen sich bei dem Streitfall in England zwei Theorien lämpig gegenüber. Die Zechenverwaltungen des englischen Mittelnordberkens sehen auf dem Geben der beweglichen Lohn-Skala, die in dem Sog eilt. Der Preis der Waren regelt die Höhe des Lohnes. Unter Hinweis auf die günstigen Kohlenpreise verlangen sie demgemäß von den Arbeitern die Ein-

willigung in eine 2prozentige Lohnherabsetzung. Sie im Ausland befindliche Minersfederation dagegen vertritt umgekehrt den Stand: Die Höhe des Lohnes regelt den Preis der Ware. Bei der Aufstellung der betreffenden Lohn-Skala werde das Kapital bei der Beurteilung der Verhältnisse sich immer den Vorschriften widersetzen. Die Bergarbeiterverbände von Südwales, Northumbria und Durham stehen im Gegensatz zu der Minersfederation, deren 178,000 Mitglieder sich hauptsächlich aus den mittelenglischen Verbänden rekrutieren, noch auf dem Boden des alten Unionismus, welcher die Regierung der Löhne durch gleitende Stufen, Schließung von Streitfeldern durch Schiedsgerichte und Einführung der Abstundendienstzeit auf dem Wege der Selbsthilfe anstrebt. Es teilt indessen in den Reihen dieser Verbände ebenso mehr und mehr das Bestreben hervor, das Programm der Minersfederation, der numerusclausus und radikalsten englischen Bergarbeitervereinigung, anzunehmen. Daselbe liegt sich in die Züge inhomogenen Bevölkerungs, geistiger und kultureller Auseinandersetzung von der Einfahrt bis zur vollendeten Rückkehr und jüngstige Arbeitssucht in der Woche, um der Liebhaberproduktion vorzubereiten.

Die Sozialdemokratie begleitet die jüngsten Ränke der Bergarbeiter mit ihren Sympathien. Ein gewisser internationale Grundkonsens steht unbestritten durch die ganze Arbeiterbewegung. Wenn in einem der großen Industriestandorte die Arbeiterschaft eines wichtigen Industriezweiges einen Waffenaustand veranstaltet, so macht sich seine Rückwirkung auch in einer gewissen Bewegung unter den Arbeitern desselben Industriezweiges in anderen Ländern geltend. Die Interessengemeinschaft der "Proletarii aller Länder" wird ja auf den zahlreichen internationalen Arbeitertreffens immer mehr betont, und es ist gleich nicht ausgeschlossen, dass einzelne Gruppen, vor Allem die Bergarbeiter, im Laufe der Zeit zu einer starker gefestigte internationale Organisation kommen, die es ermöglicht, einen Ausstand gleichzeitig über mehrere Staaten auszudehnen. Vorherhand lebt aber dies Art "Gemeinschaftsgeist" nur im Munde der Huber, die Genossen stellen immer noch ihre Einzelinteressen über die internationale Ideale, und sie scheinen sich in ihrer Mehrheit ebensoviel aus der selbstlosen Wirthschaftslage ohne Rücksicht auf die fremdländischen Genossen Nutzen zu ziehen, wie irgend einer der viel angefeindeten Unternehmer. Die schonten und entwenden Schlagworte von der Solidarität der Arbeiter aller Länder, die wie von den französischen Führern auf den letzten Kongressen zu hören bekamen, hinderten die französischen Arbeiter nicht, mit roher Gewalt ihre belästigten Genossen aus den Gruben des Pas de Calais und die Attentäter von ihren Arbeitsstätten in Agues-Mortes, Nancys und Marceille zu vertreiben. Es ist daher auch diesmal weniger das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den englischen Kameraden, als das Eigentümere und die Hoffnung, durch einen einzukreiseln Streik ihr Auskommen zu bewahren und ihren Einfluss zu stärken, was die Huber der französischen und belgischen Grubenarbeiter verachtet hat, in den dortigen Grubenbezirken auf einen Ausstand hinzuwirken. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Ausstand in England trotz der Röhr, in der sich ein großer Teil der Bergarbeiter befindet, noch weiterlang andauert. Die Arbeiter scheinen entschlossen zu sein, sich die härtesten Entbehrungen aufzuwerfen, weil sie glauben, dass durch die immer fühlbar werdende Zerstörung und die Zerstörungen in Industrie und Bericht die Bergarbeiterverwaltungen höchstens zum Nachgeben gezwungen werden. Da die Arbeitsschäden entstehen sind, auf ihren Forderungen zu bewahren, so sind für eine Versöhnung wenig Rücksichten vorhanden. Ob aber die Röhrprobe, mit die sie es annehmen lassen wollen, einen günstigen Ausgang nehmen wird, ist sehr zu zweifeln; als Sieger werden sie kaum aus dem Kampfe hervorgehen, ebensoviel wie ihre heute schon ziemlich ermüdeten Kameraden jenseits des Kanals, die sich mit weitauß größeren Mitteln nun gegen eine Lohnherabsetzung zur Wehr schen, während sie eine Lohnherabhung fordern.

Kernschreib- und Kernspred-Verichte vom 19. September.

Berlin. Der Gouvernement von Deutsch-Ostafrika, Kreisamt von Soden, ist, wie jetzt amtlich bekannt gemacht wird, seinem Antreng gemäß von einem Posten abberufen und unter Erhebung der Beurteilung zur Fortsetzung des Proklams "Grellen" in den Dienstbestand versetzt worden. — Bei der deutigen Eröffnung der Sitzung des Kolonialkabinetts hat der Vorsitzende, Geh. Rath Werner, insbesondere die Bedienste Emin Pachas berwirkt. Röhr berathen wurde über Abänderung der Zollverordnungen für Ostafrika. — Da der Tabaksteuer-Konferenz wurden keine mehrere Sachverständige benannt, — Das preußische Staatsministerium beschloss gestern die Landtagswahlen in der letzten Woche des Octobers stattfinden zu lassen und nahm ein neues Wahldecret an. — Die ständiche Eisenbahn-Kommission und der Ausdruck des Verlehr-Intendanten treten am 27. und 28. ds. W. in Dresden zusammen. — Wahlen beginnen bei dem Reichstagsgesetzgebende die Verhandlungen über die Sonntagsschule im Gruppe III der Gewerbeaufsicht Bergbau, Häfen und Salinen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter. Zur Vertretung der Arbeitgeber sind die ausseren wirtschaftlichen Vereinigungen der Montan-Industrie eingeladen, auch einzelne der vorwiegende Industrie direkt einzuladen. Die Vertreter der Arbeit sind von den Gewerbeaufsichts- und Bergmeister-Büroen über die Einzelheiten der schon seit einigen Monaten bekannt gewordene Vorlagen, betreffend die Sonntagsarbeit in der Gruppe III, informiert und zu dieser Thematik an den Konferenzen aufgefordert werden. Den Vorstaat wird der Unterstaatssekretär im Reichskant. Dr. v. Rothenburg, überbringen. Von Beamten des Reiches werden seinescheinlich Geh. Reg.-Rath Wilhelm und Reg.-Rath Werner, als Vertreter des preußischen Handelsministeriums wird Unterstaatssekretär Voßmann genannt. Von den übrigen Bundesstaaten werden z. Th. gleichfalls Vertreter ernannt. Die Verhandlungen werden die Dauer von zwei bis drei Tagen in Anwendung nehmen. — Dem sächsischen Reichsministerium und seinem Staatsrat ist von dem Reichstag eine 10prozentige Lohnherabsetzung, davon 5 mit förmlichem Anspruch, deute 6, davon eine tödlich verlaufen, von Bombung gemeldet worden. Am Rheingebiet verlor zu Einem Frühling ein aus Tivoli eingewanderter Schiffer an Cholera. Bei Hollup ist die Grenzschrein ausgeschoben, da die Gefahr einer Einschleppung der Cholera auf dem Landweg als ausgedehnter erscheint.

Berlin. Die Kreislinie Vereinigung beschloss, mit grösster Entschiedenheit und selbstständig bei den Landtagswahlen in Berlin vorzutreten. — Berlin. Im Kolonialkabinett erwähnte Geh. Rath Kapier u. a., dass der Tod Emin Pachas als gewiss anzusehen sei. Der Kolonialkabinett sollte sich mit der Erziehung der Dollar durch die Kolonienwohlung bei der Zolldeklaration und mit der Erziehung der Werth- durch Gewichtswaage in Thüringen einverstanden. — Die letzten Angaben über die Währung in Chicago waren wieder falsch. Frankreich erholt in der Sicherheitsabteilung überhaupt

seinen Preis, da es außer dem Wettbewerb blieb. Von den 18 deutschen Ausstellern von Namens in Wirtschaftsgegenstände wurden nicht 7, sondern 27 prämiiert.

Leipzig. Prozeß Ahlwardt. (Siehe auch Toegesetzliche.) Der Vertheidiger, Reichsanwalt Friedrich aus Leipzig, in Vertretung des Reichsanwalts Hartwig in Berlin, suchte die öffentlichen Rügen im Einzelnen zu begründen, § 191 des Strafgesetzbuchs sei verkehrt, weil das Landgericht bei Ablehnung des Antrages auf Innehaltung mit dem Verfahren im Urechte davon ausgegangen sei, das Angeklagter nicht der Verleger (durch die angeblichen landesverschreitenden Handlungen Vorwes u. a. w. gezeigt) sei. Ahlwardt sei vielleicht als Beleger angesehen als Staatsbürger, der mit dem Deutschen Reich in seiner Eigenschaft geschildigt sei, bedroht werde, wenn Vorwes und Rühm thörichtlich die vorhaben Handlungen, wie Abwande angenommen habe, hingenommen hätte. Beweisanträge seien somit nicht deshalb, weil sie bestätigt eingegangen, abgelehnt werden. Der Angeklagte habe die meisten Anträge erst gestellt, nachdem er bereits zum Reichsabgeordneten gewählt worden sei, womit gar keinen Grund gehabt, die Sache noch zu vertheidigen, wie das Landgericht angenommen habe, indem es die Beweisanträge ablehnte. Es sei Ahlwardt mit den Autoren beiläufig Einsicht gewesen, und das Gericht habe dieselben nur dann ablehnen dürfen, wenn ihre Unrechtmäßigkeit klar zu Tage gelegen hätte. Waren die Beweisanträge aber angenommen worden, so wären zum Widerpart die abgegebenen Guichen der Sachverständigen stark erschüttert worden. Den Rechtsanwälten anlangend, könne nicht zugegeben werden, dass dieser nicht zu ermitteln war; habe dieser ja doch einen Tag nach dem Hauptverhandlung teilwillig bei dem Angeklagten gemeldet und sei vom Gericht auch mit einem Tag lang geachtet worden. Bevorzugt Interessen aber habe Abwande zu vertreten geglaubt, weil es im Interesse eines jeden Deutschen liege, dass die Kriegsstadtigkeit des deutschen Heeres in seiner Weise bekräftigt werde. Der Vertreter der Reichsanwaltshälfte, einer Staatsanwalt, sei einmann, wandle sich jedoch in allen Punkten gegen diese Ausführungen. Was den Beifall der Staatsanwaltshälfte über die Wiederherstellung der Anklage gegen Vorwes und Rühm betreife, so ist der selbe natürlich weder definitiv noch unanfechtbar zu erwählen, aber dies sei kein Grund, das Verfahren gegen den Angeklagten zu sistieren. Denn dann hätte der Angeklagte die Sitzung des Verhandlungs gegen sich einfach vereigen können. Die vom Angeklagten gestellten Beweisanträge seien vollständig zutreffend abgelehnt worden, und es komme nicht in Betracht, dass die Begründung der Ablehnung theoretisch nicht ganz zutreffend sei, weil die vorigen Gründe ausreichend seien. Die Sache mit dem neuen Strafen sei vollständig in Ordnung, denn er habe nicht geladen werden können, weil er nicht anwanden vor, und er sei ja auch in der Hauptverhandlung nicht entdeckt. Das Gericht habe ausdrücklich festgestellt, dass die Ermittlungen nach dem Autenthalt des Beifalls ein negatives Rechtstat bestehend haben. Die angebliche nachträgliche Anfügung des Beifalls sei ganz ohne Einfluss. Bevorzugte Interessen möge der Angeklagte wohl gehabt haben in seinen Vorgängen, aber nicht solche, welche ihm den Schutz des § 191 verschaffen. Obendrein habe das Gericht die Absicht der Bekämpfung aus der Form der Anklage zu der im Februar dem Angeklagten aufgetretenen Strafe erkannt, weil die neue Strafbart reichlich hinter der letzten Vertheilung lag. Die Revision sei deshalb in jeder Beziehung unvergleichbar. Nachdem der Vertheidiger noch kurz erwidert, ergibt Ahlwardt selbst das Wort und macht einige Theile mehr, theils weniger zur Sache gehörige Ausführungen, ohne jedoch Neues vorzu bringen. Mit besonderem Nachdruck betonte er, dass er im guten Glauben gehandelt und vermeint habe, dem Vaterland einen Dienst zu erweisen; die Absicht zu beleidigen habe vom vollständig fern gelegen. Nach längerer Verhandlung verfügte dann der Präsident des Gerichts, dass letzter sich durchweg die Ausführungen des Reichsanwaltshälfte, das letztere sich durch die Beweise und die Rechtsanwaltshälfte vor rechtswegen dem Angeklagten Abwande anzeigt habe, der Verteidiger des Verhandlung war das allerdings nicht große Audition überwältigt.

Syndikat. Das Medizinal-Kollegium macht bekannt, dass durch Bekanntmachung bei der Syndikation am 15. September etwas unreines Wasser aus dem alten Zuleitungskanal mit in die Leitung gelassen ist. Der Schaden ist bereits seit Sonnabend bestiegt, die älteren Trinken ladelos.

Erlut. Die nichtrechtschaffenen Bahndirectionen Norddeutschlands haben ebenfalls der Einührung zehntägiger Rückfahrstellen zugestimmt, deren allgemeine Durchführung nunmehr von Preußen abhängt.

Niel. Der Kaiser trifft am Sonnabend hier ein, um vor Ablaufung des Herbstübungs-Gefechts noch eine Revue über das Gefecht abzuhalten.

Trier. Ein bei brennender Sonnenbüchse zurückgelassener 25 Kilometer langer Marß vierter italienischer Infanterieregimentes in Genua geröstete sich in einer wahren Katastrope. Vierzig des Reges blieben zahlreiche Soldaten liegen, in Genua fielen 200 Mann; zwei der selben starben im Spital.

Wien. In der Gegend von Rovinj wurde gestern Nacht ein Wirt, als er mit seiner Crew von einem Boot in einem Wagen anfuhr, aus einem Hinterhalt durch einen Schuß in den Kopf mordet. Seine Crew wurde durch einen zweiten Schuß in den Hals tödlich getötet. Die Toten wird als Kadaver angegeben und in dabei ein anderer Wirt verbarbeitet.

Levelaer. Die Polizeibehörde verbietet wegen der Cholera-gefährdeten Provinzen aus Holland und Westfalen.

Genua. Die beiden Kohen und der König von Sachsen können früh bald 7 Uhr in das Konsulat gelangen. Die Mönche gerieten sich wieder sehr interessant. Um 2 Uhr schließen die hohen Verhörfesten wieder hierher zurück.

Gattow. Infelde eines starken Gewittersturmes stürzte ein sehr gaflender Gustav, welcher vollbeschäftigt war, während der Belebung ein. Es entstand eine Banal, wodurch viele Personen leicht schwer, theils leicht verletzt wurden.

Barb. Aus Venlo wird gemeldet, dass der Streit der Kohlenarbeiter sich ziemlich bedrohlich gestalte, sodass die Übungsschau niederländisch verdeckt hat.

Vern. Die Einnahmewohnen für den Nationalrat sind auf den 20. Oktober angeordnet worden. — Vorbehaltlich der Genehmigung seitens der Bundesversammlung ist von dem Bundesrat die Erhöhung von 1 Million Deutschemillionen verfügt worden.

Brüssel. Wie hier allgemein verlautet, wird der Streit der Bergleute in den nahegelegenen Provinzen nicht vor dem 1. Oktober aufbrechen.

Friedrich & Glocker  
Schuhstraße 15; Schuhstraße 12, Laden; Thüringens  
Schnelltröckner-Fabrik.

und Lachkäse, ausgewählt nur in unserer Deutl.-Gesellschaft.